

Außerordentlicher Bundesparteitag in Wiesbaden am 21. April 2018

Beschluss - Nr. 1

Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Deutschland – Zusagen müssen eingehalten werden

Die Delegierten des außerordentlichen Bundesparteitages in Wiesbaden erklären sich solidarisch mit den Beschäftigten der deutschen Opel Standorte, ihren Betriebsräten und der IG Metall.

Bei der Übernahme von Opel durch den PSA-Konzern gab es umfangreiche Zusagen der neuen Konzernführung. Die Übernahme und Einhaltung von Tarifverträgen, die Sicherung der Mitbestimmung, neue Produktzusagen für die Opelstandorte in Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern und auch Vereinbarungen für die Auslastung des Entwicklungszentrums in Rüsselsheim. Damit sind alle Beteiligten engagiert in den schwierigen Sanierungsprozess gestartet. Diese Zusagen waren auch die Voraussetzung für die politische Unterstützung des Verkaufs an den PSA-Konzern. Ein gutes Jahr später will die Konzernleitung von allen diesen Zusagen nichts mehr wissen. Im Gegenteil: Bestehende Planungen deuten darauf hin, dass tausende von Arbeitsplätzen an den deutschen Opel-Standorten abgebaut werden sollen. Das wäre ein klarer Bruch bestehender Firmentarifverträge bei Opel.

In den derzeitigen Verhandlungen, die von einem unglaublichen Druck auf die Betriebsräte und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, gekennzeichnet sind, versucht die die PSA-Konzernleitung, die guten Tarifverträge gegen die Arbeitsplatzinteressen der Belegschaft auszuspielen. Das ist nicht hinnehmbar.

Die Konzernleitung muss begreifen, dass in Deutschland der soziale Kompromiss die Grundlage für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln ist. Hohe Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gepaart mit einer Sozialpartnerschaft, in der Gewerkschaften auf Augenhöhe die Interessen der Arbeitnehmerschaft durchsetzen können, das sind die Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Opel braucht ein Geschäftsmodell, das der Marke, den Standorten und den Beschäftigten eine nachhaltige Zukunft über das Jahr 2020 hinaus bietet.

Die Delegierten des SPD-Bundesparteitages fordern die Konzernleitung des PSA-Konzerns auf:

- Machen Sie Schluss mit dem Druck auf die Beschäftigten im Opel-Konzern.
- Halten Sie sich an die Zusagen, die Sie selbst noch vor kurzem gemacht haben.
- Halten Sie sich an die Tarifverträge und die bestehenden Vereinbarungen.
- Kehren Sie zurück zu einer Strategie der Verhandlung, die auf einen sozialen Kompromiss setzt und allen Opel-Standorten eine tragfähige Entwicklungsperspektive gewährleistet.
- Geben Sie den Beschäftigten in Ihrem Konzern Sicherheit für ihre Arbeitsplätze.